

Niederschrift

über die 30. Sitzung (Etat) (öffentlicher Teil)
des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft
am Mittwoch, **20.02.2008**, 17:38 Uhr,
Hauptausschusszimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

von der CDU-Fraktion

Frank Baumann, Sybille Benning, Heinz Georg Buddenbäumer, Horst Kisnat, Marliese Kosmider, Dieter Maager, Josef Rickfelder, Stefan Weber, Simone Wendland,

von der SPD-Fraktion

Wolfgang Heuer, Verena Marzinkewitz, Isa Müller-Ehrenberg (als Vertreterin für Thomas Fastermann), Kurt Pölling, Karl-Heinz Winter,

von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL

Helga Bennink, Jörn Möltgen, Reinhard Scholz, Christine Schulz (als Vertreterin für Ilse Schleef),

von der FDP-Fraktion

Jürgen Reuter,

von der Fraktion UWG-MS/ödp

Uwe Raffloer,

Sachkundige Einwohner/innen

Dr. Gerhard Bonn, Achim Dejozé, Gerhard G. Düntzer, Otmar Knüvener, Christoph Thiel, Patrik Werner,

von der Verwaltung

Reinhard Adams, Stephan Böhme, Jörg Krause, Andreas Leifken, Dr. Friedrich-Wilhelm Oellers Hans Riemann, Christian Schowe, Hartwig Schultheiß, Reimer Stoldt, Michael Tegtmeier, Siegfried Thielen, Marlies Voss-Schiffmann, Werner Wesselmann, Ulrich Winter, Gerhard Witt,

für die Schriftführung

Regina Dittmer,

Es fehlten:

Thomas Fastermann , Ilse Schleef, Dr. Georgios Tsakalidis ,

Gäste:

Dr. Thomas Robbers, Geschäftsführer WFM – Wirtschaftsförderung Münster GmbH

Herr Arend Bewernitz, Städtebaureferendar

Frau Christina Erdmann, Städtebaureferendarin

Frau Katja Usonov, Städtebaureferendarin

nichtöffentlicher Sitzungsteil

siehe Niederschrift über die 30. Sitzung (Etat) (nichtöffentlicher Teil) des Ausschusses für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft am 20.02.2008

Tagesordnung:**Öffentliche Sitzung**

- 1. Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder**
- 2. Genehmigung der Tagesordnung**
 - 2.1. Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.
- 3. Mitteilungen der Verwaltung**
 - 3.1. Ständige Berichterstattung Dortmund-Ems-Kanal
- 4. Bekanntgabe von Eingaben und Anträgen**
- 5. Haushaltsplanberatungen**
 - 5.1. Beratung des Haushaltsplanes 2008 und des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2008-2011

Produktgruppen 02.07, 09.01, 10.01, 10.02, 12.02

Haushaltsanträge

Veränderungslisten
 - 5.2. Park Sentmaring
- 6. Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft**

V/0060/2008
V

- | | | |
|---------------------------|-----------|--|
| <u>V/0877/2007</u>
V | 6.1. | Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide: Programmverlängerung bis 2010 |
| <u>V/0027/2008</u>
III | 6.2. | Ergänzung der Leitlinie zur Genehmigungspraxis bei der Freigabe von Verkaufssonntagen nach dem Ladenöffnungsgesetz |
| <u>V/0033/2008</u>
I | 6.3. | Ordnungsbehördliche Verordnungen über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, - Innenstadtbereich "Altstadt/Bahnhofsviertel" - für die Jahre 2008 bis 2010 und für das Offenhalten der Verkaufsstellen am 01.06.2008 zu der Veranstaltung "6. Gremmendorfer Straßenfest" |
| <u>V/0039/2008</u>
III | 6.4. | Antrag der SPD - Fraktion an den Rat Nr. A-R/0056/2007 "Neue Nutzungen am Stadthafen I ermöglichen" |
| | 7. | Stadtplanung |
| <u>V/0042/2008</u>
III | 7.1. | Bebauungsplan Nr. 516: Gievenbeck - Austermannstraße / Parkanlage Kinderbachtal
Beschluss zur Aufstellung |
| | 8. | Verkehr |
| <u>V/0725/2007</u>
III | 8.1. | Fuß- / Radwegverbindung auf der ehemaligen Gleisstrasse zwischen dem York-Ring und dem Zentrum Nord
Grundsatzbeschluss |
| <u>V/1061/2007</u>
III | 8.2. | Ausstattung von Haltestellen mit Wartehallen - Programm 2008 |
| | 9. | Verschiedenes |

Der Ausschussvorsitzende Herr Heuer stellte die ordnungsgemäße Einberufung und Beschlussfähigkeit des Gremiums fest, begrüßte die zahlreichen Gäste und eröffnete die Sitzung.

Punkt 1 der Tagesordnung

Einführung und Verpflichtung neuer Mitglieder

Herr Heuer begrüßte Frau Christine Schulz als neues stellvertretendes Mitglied für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL und verpflichtete sie.

Punkt 2 der Tagesordnung

Genehmigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wurde ohne Änderungen genehmigt.

Punkt 2.1 der Tagesordnung	Festlegung der Tagesordnungspunkte, bei denen die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung erforderlich ist.
-----------------------------------	--

Die Anwesenheit der Vorlagenersteller/innen zur Berichterstattung wurde erbeten für die TOPe 5.2, 6.4, 7.1 und 8.1.

Sie war nicht erforderlich für die TOPe 6.1 – 6.3 sowie 8.2.

Punkt 3 der Tagesordnung	Mitteilungen der Verwaltung
---------------------------------	------------------------------------

Herr Schowe informierte zu folgenden Punkten:

- Der **Planfeststellungsbeschluss** für den Neubau der Landesstraße L 585n als **Orts-umgehung Wolbeck** liege nun vor und werde offen liegen im Kundenzentrum des Stadthauses 3 sowie in den Räumen der Bezirksverwaltung Münster-Südost in der Zeit vom 25.02. – 10.03.2008.
- Zur Erweiterung des **Hauptzentrums Kinderhaus** hatte der eigens hierfür gebildete Beirat in seiner 4. Sitzung ein einstimmiges Votum als Empfehlung an die politischen Entscheidungsträger abgegeben. Am 04.03.2008 um 18.30 Uhr werde zum favorisierten Entwurf eine öffentliche Bürgerinformation stattfinden. Dem Ausschuss werde dieser Entwurf in der Sitzung am 06.03.2008 vorgestellt.
- Der Verein **Münster-Modell** e.V. stellt sein - mit maßgeblicher Unterstützung seitens der Stadtplanung - zwischenzeitlich auf 18 Modellplatten gewachsenes Stadtmodell, von denen 16 über Sponsorleistungen finanziert wurden, noch bis zum 31.03.2008 im Stadthausaal aus. Den interessierten Mitgliedern des Ausschusses werde vor der kommenden Sitzung am 06.03.2008 Gelegenheit gegeben, diese Ausstellung zu besichtigen. In der Einladung zur nächsten Sitzung werde hierauf gesondert hingewiesen.

Im übrigen wurden mit den Unterlagen zur Sitzung zwei weitere Mitteilungen verteilt:

- Zwischennachricht betreffend „Verkehrsberuhigung Nienberge: Öffnung des Alexander-Hammer-Weges“
- Information über Beschlussvorlagen ohne Beratung im ASSVW, hier: 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 306: Nienberge - Gewerbegebiet und Sportzentrum Feldstiege

Punkt 3.1 der Tagesordnung	Ständige Berichterstattung Dortmund-Ems-Kanal
-----------------------------------	--

Zu diesem Regel-TOP gab es aktuell keine neuen Informationen.

Punkt 4 der Tagesordnung	Bekanntgabe von Eingaben und Anträgen
---------------------------------	--

Die Ratsfraktionen der CDU und FDP brachten unter dem Datum vom 19.02.2008 einen gemeinsamen Antrag ein: „Weiteres Vorgehen Grevener Straße 31/33“; vgl. Anlage 1.

Die Ratsfraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL brachten unter dem Datum vom 20.02.2008 einen gemeinsamen Antrag ein: „Grevener Straße: Kostengünstigen Wohnraum erhalten“; vgl. Anlage 2.

Die SPD-Ratsfraktion brachte unter dem Datum vom 20.02.2008 einen Antrag ein: „Busanbindung der Agentur für Arbeit verbessern“; vgl. Anlage 3.

Zu den Anträgen zur Grevener Straße erläuterte Herr Heuer auch an die Adresse der vielen Gäste im Zuschauerraum, dass diese Anträge in der heutigen Sitzung nur eingebracht wurden. Eine Befassung des Ausschusses sei in dieser Sitzung nicht vorgesehen. Möglicherweise werde die Sachentscheidung aber bereits in der nächsten Sitzung, am 06.03.2008, auf der Tagesordnung stehen.

Herr Maager gab eine Erklärung zu Protokoll:

„Sukzessive mit der Neuaufrichtung der Gebäude an der Grevener Straße wird zunächst ein Gebäude der Wohn + Stadtbau GmbH erstellt, damit weiterhin das Angebot genutzt werden kann, aus dem Haus 31 in das neue Gebäude umzuziehen. In dem neuen Gebäude soll die Miete mit zur Zeit 4,85 €/m² Sozialmieteniveau haben.“

Punkt 5 der Tagesordnung

Haushaltsplanberatungen

Punkt 5.1 der Tagesordnung

Beratung des Haushaltsplanes 2008 und des Finanzplanes und des Investitionsprogramms 2008-2011

Produktgruppen 02.07, 09.01, 10.01, 10.02, 12.02

Haushaltsanträge

Veränderungslisten

Vor Eintritt in die Beratungen des Haushaltsplanes merkte Herr Heuer an, dass durch die veränderte Systematik mit der Zuordnung von Budgets und Finanzpositionen zu Produktgruppen seit der Einführung des doppischen Haushaltes die Investitionsentscheidungen zu Baumaßnahmen noch überwiegender in die Entscheidungszuständigkeit des AUB – Ausschuss für Umwelt und Bauwesen übergegangen seien. Insofern bat er die Verwaltung um eine kurze Darstellung der wesentlichen Bestandteile in der Haushaltsplanung der Planungs- und Bauordnungsverwaltung.

Daraufhin beschrieb Frau Dittmer die Grundzüge der fünf Produktgruppen und erläuterte die Veränderungslisten der Verwaltung.

Aus den Fraktionen lagen zwei Haushaltsanträge vor:

Die CDU- und FDP-Ratsfraktionen stellten einen gemeinsamen Änderungsantrag:

„Die Ansätze der Produktgruppe 09.01 werden in Zeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen ab 2008 jährlich um 2.000 € erhöht. Die Ansatzerhöhung soll eingesetzt werden für die Durchführung einer Preisvergabe für „das beste Gebäude der Stadt“.

Herr Maager erläuterte diesen Antrag. Er hob hervor, dass dem Gestaltungsbeirat mit diesen Mitteln die Möglichkeit eröffnet werden solle, besondere Architektur in der Stadt durch einen Preis zu würdigen, um – ohne mit einem Preisgeld verbunden zu sein – Anerkennung ausdrücken zu können.

Herr Schultheiß schlug vor, diesen Antrag der PG 10.01 – Bauaufsicht und baurechtliche Beratung zuzuordnen. Dagegen erhob sich kein Widerspruch.

Nach kurzer Aussprache bestand darüber hinaus Einvernehmen, dass die Konzeption der Preisfindung im Ausschuss zu einem späteren Zeitpunkt über eine „kleine“ Vorlage zum Vergabemodus abgestimmt werden soll.

Die SPD- Ratsfraktion stellte den folgenden Änderungsantrag:

„ Produktgruppe 0901 Stadt- und Regionalentwicklung, Stadtplanung (S. 511)

Die Ziele werden in Ziffer 1 wie folgt geändert:

Abgeleitet aus den stadtstrategischen Zielen der Stadt soll die Aufgabenerfüllung in dieser Produktgruppe insbesondere dazu beitragen, dass

1. das Volumen der durchschnittlichen jährlichen Wohnungsneubauleistung von derzeit 900 auf 1.600 Wohneinheiten (WE) erhöht wird und die planerischen Voraussetzungen für ein quantitativ und qualitativ ausreichendes Angebot an markt- und zielgruppengerechten Wohnstandorten in der Stadt geschaffen werden, das mindestens das 4-fache des Volumen der jährlich notwendigen Wohnungsneubauleistung (1.600 WE) umfasst.“

Herr Winter erläuterte diesen Antrag und verdeutlichte, dass mit diesem Antrag das wohnungspolitische Anliegen verbunden sei, die Zielzahl der Wohnungsneubauten zu erhöhen; die übrige Formulierung sei vom Entwurf des Haushaltsplanes übernommen worden.

Die Verwaltung erläuterte, dass die genannte Zielzahl dem Ist an Neubauten der zurückliegenden Periode entsprach und keine Bindung für die Zukunft darstelle.

Nach Diskussion verständigte sich der Ausschuss einvernehmlich darauf, diese Fragestellung im Interfraktionellen Arbeitskreis zu behandeln und im Zusammenhang mit der Vorlage zu den Wohnungspolitischen Anträgen, voraussichtlich im Mai/Juni des Jahres, zu beraten.

Daraufhin zog die SPD-Fraktion diesen Änderungsantrag zurück.

Abstimmungsergebnisse:

Der Änderungsantrag der CDU- und FDP-Ratsfraktionen wurde mit den Für-Stimmen von CDU, SPD und FDP bei Enthaltung durch die Bündnis 90/Die Grünen/GAL **einstimmig angenommen**.

Der **Änderungsbeschluss** lautet entsprechend:

„Die Ansätze der Produktgruppe 10.01 werden in Zeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen ab 2008 jährlich um 2.000 € erhöht. Die Ansatzerhöhung soll eingesetzt werden für die Durchführung einer Preisvergabe für „das beste Gebäude der Stadt“.

Den von der Verwaltung eingebrachten Veränderungslisten stimmte der Ausschuss mit den Für-

Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL **mehrheitlich zu**.

Sodann wurde der so veränderte Gesamthaushalt der Produktgruppen 02.07, 09.01, 10.01, 10.02, 12.02 **mehrheitlich** mit den Für-Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL **beschlossen**.

**Punkt 5.2 der Tagesordnung
V/0060/2008**

Park Sentmaring

Herr Stoldt beantwortete einige Nachfragen der Ausschussmitglieder und beschrieb zum Zusammenhang der Wiederherstellung am Hindenburgplatz und im Park Sentmaring, dass die Verfügbarkeit von Finanzmitteln für Maßnahmen im Park Sentmaring durch den Umstand begünstigt wurde, dass die Wiederherstellung der Promenade zu großen Teilen durch die erfolgreiche Spendenaktion Bürgerbäume finanziert wurde.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der durch den Orkan Kyrill geschädigte Park Sentmaring wird wieder hergestellt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, für die Wiederherstellung des Parks Sentmaring eine Planung zu erarbeiten, die abschnittsweise verwirklicht werden kann.
3. Die bei der Wiederherstellung der Promenade durch die erfolgreiche Aktion Bürgerbäume eingesparten Finanzmittel werden für die (Teil-)Finanzierung der Wiederherstellung des Parks Sentmaring eingesetzt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass für die Gesamtmaßnahme voraussichtlich Kosten in Höhe von insgesamt 470.000 € entstehen. An Einnahmen aus Spenden stehen insgesamt 210.000 € zur Verfügung. Es können deshalb zurzeit nur Maßnahmen in diesem Rahmen finanziert werden.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Die o. g. Sachentscheidung ist wie folgt zu finanzieren:

Teilfinanzplan - Auszahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.- jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen	2008	210.000	

Teilfinanzplan (Zeile)	08	Auszahlungen für Baumaßnahmen			
Investitionsmaßnahme	4680	Wiederherstellung Park Sentmaring			
Insgesamt:				210.000	

Teilfinanzplan - Einzahlungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen	2008	210.000	WL-Bank: 10.000 € Aktion Bürgerbäume: 200.000 €
Teilfinanzplan (Zeile)	01	Einzahlungen aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen			
Investitionsmaßnahme	4680	Wiederherstellung Park Sentmaring			

Teilergebnisplan - Aufwendungen					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen	2009 ff	10.500	
Teilergebnisplan (Zeile)	14	Bilanzielle Abschreibungen			

Teilergebnisplan - Erträge					
	Nr.	Bezeichnung	Haush.-jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1301	Grün- und Freiflächen	2009 ff	10.500	Auflösung Sonderposten
Teilfinanzplan (Zeile)		Zuwendungen und allg. Umlagen			

Punkt 6 der Tagesordnung	Stadtentwicklung, Stadterneuerung, Wohnen, Wirtschaft
---------------------------------	--

Punkt 6.1 der Tagesordnung VI/0877/2007	Soziale Stadt Kinderhaus-Brüningheide: Programmverlängerung bis 2010
--	---

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Dem Finanzierungsplan für die Durchführung des Programms Soziale Stadt (Integriertes Handlungskonzept/Städtebaulicher Maßnahmeplan gem. § 171 e Baugesetzbuch) für das Gebiet Münster-Kinderhaus, Brüningheide, im Jahr 2010 sowie der in der Begründung dargestellten Mittelaufteilung wird zugestimmt.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Verlängerung der Programmdurchführung um ein weiteres Jahr nicht gedeckte Kosten von 113.220 € in 2010 verursachen wird.

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Aufwendungen

	Nr.	Bezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe	2010	348.000	
Teilergebnisplan (Zeile)	15	Transferaufwendungen			
insgesamt				348.000	

Erträge

	Nr.	Bezeichnung	Haushaltsjahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0503	Sicherung besonderer sozialer Bedarfe	2010	234.780	
Teilergebnisplan (Zeile)	03	Sonstige Transfererträge			
insgesamt				234.780	

**Punkt 6.2 der Tagesordnung
V/0027/2008**

**Ergänzung der Leitlinie zur Genehmigungspraxis
bei der Freigabe von Verkaufssonntagen nach dem
Ladenöffnungsgesetz**

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die in der Vorlage aufgeführte neue Gebietsgliederung bei der Freigabe von Verkaufssonntagen nach dem Ladenöffnungsgesetz (Anlage) wird beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Kosten für die Stadt Münster fallen nicht an.

**Punkt 6.3 der Tagesordnung
V/0033/2008**

Ordnungsbehördliche Verordnungen über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, - Innenstadtbereich "Altstadt/Bahnhofsviertel" - für die Jahre 2008 bis 2010 und für das Offenhalten der Verkaufsstellen am 01.06.2008 zu der Veranstaltung "6. Gremmendorfer Straßenfest"

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss einstimmig, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Die als Anlage 1 und Anlage 2 beigefügten ordnungsbehördlichen Verordnungen werden beschlossen.

II. Kosten/Folgekosten

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

**Punkt 6.4 der Tagesordnung
V/0039/2008**

Antrag der SPD - Fraktion an den Rat Nr. A-R/0056/2007 "Neue Nutzungen am Stadthafen I ermöglichen"

Herr Heuer bat die Verwaltung um Erläuterung, inwiefern für die Speicher „Flechtheim“ und „Rhenus“ im Eigentum der Stadtwerke Münster GmbH die Option einer Hotelnutzung trotz der Nähe zum Gefahrstofflager des Unternehmens Lehnkering durchaus positiv gewertet werde, während der Betrieb des geplanten Jovel mit ähnlichen Abständen nicht genehmigungsfähig sei.

Herr Thielen antwortete, dass die publikumsintensive Nutzung des Jovel mit bis zu 3.000 Besuchern im Industriegebiet unzulässig ist und insbesondere die Erschließung über die Straße Am Mittelhafen nicht vereinbar sei mit der benachbarten Nutzung des Gefahrstofflagers.

Der enge, zum Hafenplatz orientierte Bereich der denkmalgeschützten und erhaltenswerten Speichergebäude Flechtheim- und Rhenus-Speicher könne durchaus als Hotel genutzt werden. Für die Beurteilung der Genehmigungsfähigkeit sei im übrigen maßgeblich, dass beide Speichergebäude, der als Baudenkmal eingetragene Flechtheim-Speicher und der erhaltenswerte Rhenus-Speicher, dem Erhaltungserfordernis entsprechend erhalten blieben.

Auf die Nachfrage von Herrn Heuer, ob die Stadt Spielräume sehe, die Nutzung Lehnkering vor 2016 vorzeitig zu beenden und damit die Entwicklungsverzögerungen im Stadthafen zu beschleunigen, führte Herr Schultheiß zur Strategie der Stadt grundsätzlich aus.

Handlungsleitend für die Stadt sei, dass sich die Stadtwerke in ihrem Kernbereich auch in Zukunft mit all seinen Sekundärnutzungen ohne Beschränkungen entfalten können, und verwies in diesem Zusammenhang u. a. auf die GUD-Anlage, die auch Emissionen verursache. Daher vollziehe sich die Entwicklung hier anders als auf der anderen Hafenseite.

Für Lehnkering und die übrigen produzierenden Betriebe gelte als oberste Prämisse, dass der Hafen Industriebereich sei, und es keine Verdrängung von Arbeitsplätzen in dieser Sparte geben dürfe, wenn die Unternehmen dort weiter produzieren wollen. Es gelte die Achtung vor der bestehenden Nutzung und die Entscheidung des Unternehmens zu einer möglichen Verlagerung sei bislang offen. Richtig sei, dass der Vertrag mit Lehnkering entsprechend der Beschlusslage über 2016 nicht verlängert werde. Am Standort verfüge das Unternehmen über eine Genehmigung nach BImSchG, um diese für andere Standorte zu erlangen, müsse eine Verfahrensdauer von rund zwei Jahren kalkuliert werden.

Herr Heuer äußerte sich für seine Fraktion abschließend, dass ein behutsames Vorgehen, wie es Stadtdirektor Schultheiß beschrieben hatte, nachvollziehbar scheine. Der Schutz der Interessen der Stadtwerke sei positiv zu sehen. Allerdings schließe dies nach seiner Auffassung nicht aus, dass vor allem entlang der Wasserzone eine Entwicklung möglich sei. Für den Bereich der Firma Lehnkering bleibe der Eindruck, dass die Strategie für diesen Bereich unklar sei.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wurde mehrheitlich mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von Bündnis90/Die Grünen/GAL bei Enthaltung durch die SPD angenommen.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Der Antrag der SPD-Fraktion an den Rat Nr. A-R/0056/2007 „Neue Nutzungen am Stadthafen I ermöglichen“ ist mit dieser Vorlage erledigt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Stadtplanung

Punkt 7.1 der Tagesordnung V/0042/2008

Bebauungsplan Nr. 516: Gievenbeck - Auster- mannstraße / Parkanlage Kinderbachtal Beschluss zur Aufstellung

Herr Möltgen eröffnete die Diskussion und gab zu bedenken, dass durch die geplante Straßenbaumaßnahme ein Gebiet von hoher ökologischer Wertigkeit, das im übrigen eine wichtige Frischluftschneise für die Stadt sei, zerstört werde. Die vorgesehene Parkanlage könne hierzu keine Ausgleichsmaßnahme darstellen, da sie den Erfordernissen nicht genüge; diese Meinung werde einhellig auch von allen Umweltverbänden vertreten.

Auch Herr Heuer kritisierte für seine Fraktion die Planung unter Hinweis auf ökologische Anforderungen; darüber hinaus zog er die verkehrliche Entlastungswirkung für den Stadtteil Gieven-

beck in Zweifel.

Herr Maager hob hervor, dass nach fast 10-jähriger Planungszeit nunmehr ein wichtiger Lückenschluss einer Straßenverbindung möglich werde.

Herr Schultheiß wies darauf hin, dass die Grünplanung noch nicht vorgestellt worden sei und allein der Begriff „Parkanlage“ ggf. missverständlich sei. Ziel sei es, die Eingriffe ortsnahe auszugleichen. Dieser Ausgleich könne sehr wohl auch innerhalb des Kinderbachtals erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Der Ausschuss beschloss mehrheitlich durch Für-Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis90/Die Grünen/GAL, dem Rat den Beschlussvorschlag der Vorlage zu empfehlen.

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

Für den Bereich zwischen Gievenbecker Weg / Mendelstraße und dem Horstmarer Landweg im Stadtteil Gievenbeck ist gemäß § 2(1) Baugesetzbuch ein Bebauungsplan zur Festsetzung einer Verkehrsfläche (Austermannstraße) und der Parkanlage Kinderbachtal aufzustellen.

Innerhalb dieses Gebietes liegen folgende Grundstücke:

Gemarkung Münster

Flur 64,
Flurstücke 32, 34, 64 – 67, 69, 70
Teile der Flurstücke 57, 68, 74

Flur 67,
Flurstücke 237, 283 – 286
Teile der Flurstücke 282, 287, 288

II. Kosten/Folgekosten

Durch den Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplanes entstehen der Stadt Münster keine Kosten und keine Folgekosten.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verkehr

Punkt 8.1 der Tagesordnung V/0725/2007

Fuß- / Radwegverbindung auf der ehemaligen Gleistrasse zwischen dem York-Ring und dem Zentrum Nord Grundsatzbeschluss

Die Fraktionsgemeinschaft im Rat UWG/ödp brachte einen Änderungsantrag zur Vorlage ein; Herr Raffloer stellte diesen vor und begründete ihn:

„Die Fraktion UWG/ÖDP beantragt, die Beschlussvorlage wie folgt zu ändern

1. Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft stimmt der

Planung vom März 2007, mit Ausnahme des Planabschnittes Havixburgweg Anlage 2 Blatt 2 zum Bau eines durchgehenden Geh- und Radweges auf der ehemaligen Gleistrasse vom Yorkring bis zum Zentrum Nord im Grundsatz zu.

2. Der Ausschuß für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung beabsichtigt, die Grundstücksflächen der Gleistrasse zwischen Yorkring bis zum Zentrum Nord durch Erwerb zu sichern.“

Es folgte eine längere Diskussion, in der insbesondere die Sprecher Herr Maager, Herr Reuter, Herr Möltgen die Standpunkte ihrer Fraktion vertraten.

Die Fraktionen von CDU und FDP verdeutlichten dabei, dass der geplante Ankauf zur Flächensicherung begrüßt und im übrigen die grundsätzlichen Planungen sowie die Realisierung des 1. Bauabschnitts unterstützt werden. Eine Zustimmung zur Gesamtplanung, die Baukosten von 1,5 Mio. € in künftigen Jahren zu Grunde lege, werde es allerdings nicht geben.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL stellte folgenden Änderungsantrag:

„Der Beschlusstext der Vorlage wird ergänzt um einen weiteren Punkt 3:
Auch die geplanten weiteren Bauabschnitte werden sofort umgesetzt.“

Abstimmungsergebnisse:

Der Vorsitzende ließ zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaft im Rat UWG/ödp abstimmen.

Dieser Änderungsantrag wurde einstimmig **abgelehnt**.

Auch der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL wurde bei Für-Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen/GAL gegen die Stimmen von CDU und FDP bei Enthaltung durch die SPD mehrheitlich **abgelehnt**.

Über die beiden Punkte im Beschlussvorschlag der Vorlage ließ Herr Heuer einzeln abstimmen.

Beschlusspunkt 1 wurde bei Für-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen/GAL gegen die Stimmen von CDU und FDP mehrheitlich **abgelehnt**. Im Beschlusstext ist dieser Punkt daher gestrichen.

Beschlusspunkt 2 wurde einstimmig angenommen.

Damit wurde die Vorlage in der Fassung des **geänderten** Beschlusstextes mehrheitlich **beschlossen**. Das Abstimmungsergebnis zu Punkt 1 führt auch zu einer geänderten Kosten-/Folgekostendarstellung.

Dieser Beschluss wird dem AFBL - Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften zur Kenntnis gegeben.

Beschluss:

I. Sachentscheidung:

- ~~1. Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft stimmt der Planung vom März 2007 zum Bau eines durchgehenden, gemeinsamen Geh- und Radweges auf der ehemaligen Gleistrasse vom York-Ring bis zum Zentrum Nord im Grundsatz zu (Anlagen 1-4).~~

2. Der Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften nimmt zur Kenntnis, dass die Verwaltung beabsichtigt, die erforderlichen Flächen der Gleistrasse durch Erwerb zu sichern.

II. Kosten/Folgekosten

Es wird zur Kenntnis genommen, dass

- a) für den Grunderwerb Auszahlungen in Höhe von 30.000,00 €, aber keine Folgekosten entstehen.
- b) bei Realisierung der Maßnahme für den Bauabschnitt I von York-Ring bis Dorpatweg Auszahlungen in Höhe von 50.000,00 € im Jahr 2010 und 100.000 € im Jahr 2011 entstehen werden.
- c) ~~In späteren Jahren weitere Kosten entstehen, die in Abhängigkeit von der Realisierung der weiteren Bauabschnitte III bis V in den Folgejahren zu ermitteln und bereitzustellen sind.~~

III. Finanzierung/Mittelbereitstellung

Es wird zur Kenntnis genommen, dass die Maßnahme unter dem Vorbehalt der Mittelbereitstellung durch den Rat im Rahmen der Haushaltssatzung 2008 bzw. des Finanz- und Investitionsprogramms 2007 – 2011 steht.

Die erforderlichen Mittel stehen im Entwurf der Teilfinanzpläne der nachfolgenden Produktgruppen wie folgt zur Verfügung:

Auszahlungen

	Nr.	Bezeichnung	Haush.-Jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	0111	Immobilienmanagement			
Investitionsmaßnahme	0000	An- und Verkauf von Grundvermögen			
Teilfinanzplan (Zeile)	07	für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	2008	30.000	
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen			
Investitionsmaßnahme	4125	Koburger Weg, Radweg bis HP Zentrum Nord			
Teilfinanzplan (Zeile)	08	für Baumaßnahmen	2010	50.000	
			2011	100.000	
Insgesamt				150.000	

Einzahlungen

	Nr.	Bezeichnung	Haush.-Jahr	Betrag €	Bemerkungen
Produktgruppe	1201	Bereitstellung von Verkehrsflächen und -anlagen			
Investitionsmaßnahme	4125	Koburger Weg, Radweg bis HP Zentrum Nord			
Teilfinanzplan (Zeile)	01	aus Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	2011	50.000	

Insgesamt:				50.000	
Saldo Maßnahme:				-100.000	

**Punkt 8.2 der Tagesordnung
V/1061/2007**

**Ausstattung von Haltestellen mit Wartehallen -
Programm 2008**

Der Ausschuss nahm den Bericht zur Kenntnis.

Punkt 9 der Tagesordnung

Verschiedenes

Herr Möltgen fragte, warum das Gutachten zur Verkehrssicherheit den Fraktionen noch nicht zugänglich gemacht worden sei, und verband dies mit der dringenden Bitte an die Verwaltung, künftig umgehend mindestens die fachpolitischen Sprecher in Kenntnis zu setzen, insbesondere wenn, wie hier, Verwaltungsmeinungen bereits in der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurden. Spätestens zum Zeitpunkt, als der Oberbürgermeister eine Stellungnahme zur Sache abgegeben hatte, hätte die Information an die Politik gegeben werden müssen.

Herr Schultheiß erläuterte die Umstände, die der Pressemitteilung über das Verkehrssicherheitsgutachten vorausgegangen waren. Der Zwischenbericht des Gutachtens liege der Verwaltung auch erst seit der Pressekonferenz am 13.02. vor und wurde dem Lenkungskreis der Ordnungspartnerschaft (OPS) erst am 18.02.2008 vorgestellt. Herr Dr. Oellers versicherte, dass der Zwischenbericht durch die Geschäftsführung der OPS kurzzeitig an die Verkehrspolitischen Sprecher der Fraktionen im Rat versendet werde. Dazu erarbeite der Gutachter kurzfristig noch einen Erläuterungstext, um deutlich zu machen, dass der Zwischenbericht nur vorläufige Ergebnisse beinhalte. [Anmerkung: der Zwischenbericht wurde am 25.02.2008 versandt].

Herr Reuter fragte, wann die Verwaltung erneut einen Sachstandsbericht zur Bebauung Schulstraße und zur Anbindung an die Grevener Straße geben werde. Herr Schowe antwortete, dass die Vorstellung der Bauentwürfe für die Wohnbebauung geplant sei für die Sitzungen am 06.03. oder 30.04.2008. Zur verkehrlichen Anbindung erläuterte Herr Schowe, dass der Planungsausschuss beschlossen habe, eine Anbindung der Schulstraße an die Grevener Straße planerisch offen zu halten, um nach Realisierung des Wohnprojektes die Notwendigkeit zu prüfen.

Ende des öffentlichen Sitzungsteils: 19.16 Uhr

gez.

Wolfgang Heuer
Vorsitz

gez.

Regina Dittmer
Schriftführung

RATSFRAKTION

Münster, den 19.02.2008

Antrag

Weiteres Vorgehen Grevenener Straße 31/33

Der Ausschuss für Stadtplanung, Stadtentwicklung, Wirtschaft und Verkehr möge beschließen:

- Das Mietverhältnis mit dem ASTA der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster für die städtischen Gebäude Grevenener Straße 31 und 33 wird beendet.
- Die Gebäude Grevenener Straße 31/33 werden zum nächstmöglichen Zeitpunkt abgerissen
- Auf dem neu gebildeten Grundstück erstellt die Wohn- und Stadtbau Münster GmbH möglichst noch 2008 ein neues, der Eingangssituation zur Grevenener Straße gerecht werdendes Wohngebäude mit mehrheitlich sozialgebundenen Wohnungen zu einem Mietpreis auf Sozialmietniveau (z.Z. 4,85 Euro/qm).

Begründung:

Der Planungsausschuss hat die Vorlage V/0513/2006 vom 17.08.2006, das "Handlungskonzept Grevenener Straße", beschlossen. Die Fraktionen von CDU und FDP haben dazu mit Datum vom 17.12.2006 einen Antrag in den Planungsausschuss eingebracht, in dem es u.a. heißt: "Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob der Erhalt des Eckgebäudes Nr. 31 (gegebenenfalls auch Nr. 33) planerisch und wirtschaftlich „dauerhaft“ für die Stadt Münster tragbar ist und ob mit dem Erhalt des (der beiden) Gebäude(s) so etwas wie eine „Quartier prägende Identität“ erhalten bleibt. [...] Kommt die Verwaltung zu dem Schluss, dass der Erhalt der Häuser Nr. 31/33 „durchaus Quartier prägend“ ist, sollte mit dem städtischen Wohnbauunternehmen Wohn + Stadtbau eine Grundsanierung der Gebäude angestrebt werden, die den dauerhaften Erhalt der Häuser sichert. Hierbei wird unbedingt darauf geachtet, dass nach der Sanierung eine Miete von maximal 4,55 Euro/qm nicht überschritten wird (eher günstiger) und so den Studenten (für die jeweilige Studiendauer) zur Verfügung gestellt werden kann. Bei der Sanierung sollte der Einsatz von energiesparenden/umweltfreundlichen Heizungsanlagen selbstverständlich sein. Ein Erhalt der beiden Häuser ohne Grundsanierung durch die Stadt Münster ist auszuschließen."

Nun hat der beauftragte unabhängige Sachverständige festgestellt: Das Haus Nr. 33 ist nicht mehr bewohnbar und auch nicht mehr zu sanieren. Dieses Haus ist schnellstmöglich abzureißen. Das Haus Nr. 31 hat so hohen Sanierungsbedarf, dass die Mietkosten nach Berechnungen des Gutachters wie auch der Fachverwaltung bei mehr als 8,80 Euro/qm liegen würden.

Das Katasteramt hat berechnet, dass bei Erhalt des Gebäudes Nr. 31 weitere Wertverluste für die Stadt Münster in nicht unerheblichem Maße mit zu berücksichtigen sind. Unter Hinzurechnung dieser Kosten wären die Mieten mit ca. 10,50 Euro/qm bis 10,80 Euro/qm anzusetzen. Dazu kommt das Risiko, dass durch den dauerhaften Erhalt des Hauses Nr. 31 der Bebauungsplan Nr. 379 seine Gültigkeit verliert und die Stadt Münster gegenüber den Verkäufern der anderen betroffenen Häuser und Grundstücke in erheblichem Umfang entschädigungspflichtig werden könnte.

Mit dem Abriss der Häuser 31 und 33 wird es nun möglich, die vorgesehenen städtischen Infrastrukturmaßnahmen wie der Durchbau einer Busspur, das Anlegen von innerstädtischen Parkplätzen vor den neuen Häusern und der Ausbau eines Rad-und Fußweges umzusetzen. Die Neuplanung des Eckgebäudes Grevenener Straße/Steinfurter Straße sollte dabei unbedingt und umgehend über einen städtebaulichen Wettbewerb, eine Mehrfachbeauftragung oder ein Workshop-Verfahren unter Einbeziehung des Gestaltungsbeirates erfolgen.

gez.

Dieter Maager
CDU-Fraktion

gez.

Jürgen Reuter
FDP-Fraktion

Anlage 2 zum TOP 4
:

**Antrag an den Ausschuss für Stadtplanung,
Stadtentwicklung, Verkehr und Wirtschaft**

20.02.2008

„Grevener Straße: Kostengünstigen Wohnraum erhalten“

Der Planungsausschuss möge beschließen:

Das Haus Grevener Straße 31 wird nicht abgerissen. Es soll wegen seiner stadtbildprägenden Bedeutung, des hier angebotenen sehr kostengünstigen Wohnraumes und der Möglichkeiten einer Einfachsanieierung erhalten bleiben. Um dieses Ziel zu erreichen, werden Gespräche mit den Bewohnern bzw. Mietern aufgenommen bzw. fortgeführt.

Begründung:

Das Haus an der Ecke Grevener Straße und Steinfurter Straße ist stadtbildprägend und charakteristisch für diesen Stadtteil Münsters. Es ist eines der ersten Häuser der Bundesrepublik, das in den 70er Jahren aus Protest gegen Wohnungsnot und hohe Mieten besetzt wurde.

Seither ist das Haus von der Stadt an den AStA der Uni vermietet. Der AStA ist Vermieter für die Bewohner. Es abzureißen, obwohl andere Optionen gegeben sind, wäre ein weiteres Zeichen für eine verfehlte Wohnungsbaupolitik in Münster.

Die Ziele, die mit einer Verbreiterung der Grevener Straße, die als Grund für den Abriss zumindest vorgeschoben wird, erreicht werden sollen, sind auch mit anderen Mitteln erreichbar.

gez. Wolfgang Heuer
und Fraktion

gez. Helga Bennink
und Fraktion

**Bündnis 90/Die Grünen/GAL
Ratsfraktion Münster**

Bremer Str. 54
48155 Münster

Fon 0251 / 8 99 58 10
Fax 0251 / 8 99 58 15
gruene.ratsfraktion@muenster.de



SPD
Ratsfraktion Münster

Münzstr. 15
48143 Münster

Fon 0251 / 4 53 14
Fax 0251 / 51 17 50
spdfрак@muenster.de

Anlage 3 zum TOP 4:

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster**



Münzstraße 15
48143 Münster
Telefon: 0251/ 45 314
Fax: 0251/ 511 750
spdfрак@muenster.de
www.spd-muenster.de

20.02.08

Antrag

Busanbindung der Agentur für Arbeit verbessern

Der Planungsausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten, in Abstimmung mit den Stadtwerken Münster dafür Sorge zu tragen, dass die Kunden und Beschäftigten der Agentur für Arbeit den zukünftigen Standort im Gewerbegebiet Loddenheide optimal auch mit dem Öffentlichen Personennahverkehr erreichen können.

Begründung:

Große Teile der Service- und Verwaltungsabteilungen der Agentur für Arbeit werden noch in diesem Jahr im Gewerbegebiet Loddenheide in den sog. Deilmann-Bau am Martin-Luther-King-Weg umziehen. Mit dieser Maßnahme verlängert sich für viele Betroffene aus den nördlichen und westlichen Stadtteilen Münsters die Wege-/Fahrtzeit erheblich. Die nächsterreichbare Bushaltestelle der Linien 6 und 8 stadteinwärts liegt ca. 600 m von der neuen Liegenschaft entfernt; stadtauswärts sind es ca. 300 m. Da täglich mehrere hundert Kunden, ca. 200 Beschäftigte, fast täglich auch Schulklassen und häufig auch Behinderte (die Arbeitsagentur ist Rehaträger) die Agentur anfahren, sollte dafür Sorge getragen werden, dass durch Veränderungen in der Haltestellensituation bzw. den Fahrplänen eine gute Erreichbarkeit auch über den ÖPNV sichergestellt wird. Darüber hinaus sollte die Verwaltung prüfen, inwieweit die Beleuchtungssituation entlang der Wege zwischen Agentur und Haltestellen verbessert werden kann. Der Personalrat der Arbeitsagentur spricht sich ebenso wie die Agenturleitung sehr deutlich für die beantragten Verbesserungen aus.

Wolfgang Heuer
Thomas Fastermann
Verena Marzinkewitz
Kurt Pölling
Karl-Heinz Winter